



UNIVERSITÄT
KOBLENZ · LANDAU

Universität Koblenz-Landau
Institut für Sozialwissenschaften
Abteilung Politikwissenschaft
Arbeitseinheit „Politisches System
der Bundesrepublik Deutschland“
Leitung: Prof. Dr. Manuela Glaab

Anna Kulak / Timo Schummers / Daniel Reichard / Alexander Geiger

*unter Mitarbeit von Valentin Geiger / Laura Sommerschuh / Tamara Da Rocha Oliveira /
Charlotte Müller*

Guttenbergs Meisterstück? Die Aussetzung der Wehrpflicht

Überarbeitete Fassung – Stand: 16.01.2018

Zitationshinweis:

Kulak, Anna / Schummers, Timo / Reichard,
Daniel / Geiger, Alexander (2016):
Guttenbergs Meisterstück? Die Aussetzung
der Wehrpflicht. Online verfügbar unter:
<http://www.uni-koblenz-landau.de/de/landau/fb6/sowi/pw/abteilung/politische-system-brd/caseteaching/case-aussetzung-wehrpflicht>

Guttenbergs Meisterstück? Die Aussetzung der Wehrpflicht

Anna Kulak / Timo Schummers / Daniel Reichard / Alexander Geiger

*unter Mitarbeit von Valentin Geiger / Laura Sommerschuh / Tamara Da Rocha Oliveira /
Charlotte Müller**

Berlin, 09. Juni 2010, Sparklausur des Bundeskabinetts der Koalition aus CDU/CSU und FDP. Ein Ausruf des damaligen Kanzleramtschefs Roland Pofalla (CDU) machte im Anschluss die Runde: „Der führt sich auf wie ein Rumpelstilzchen!“¹ Gemeint war der ehemalige Verteidigungsminister, Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU). Der Ausruf spiegelte heftige Diskussionen innerhalb des Bundeskabinetts um seine geplante Bundeswehrreform wider, die vor allem eine Aussetzung der Wehrpflicht und damit eine Einführung einer Berufsarmee vorsah.² Zu Guttenberg war die treibende Kraft hinter dieser Reformbemühung, welche mit einer bundesdeutschen Tradition brechen sollten, die seit der Ära Adenauer Bestand hatte.³ Dabei war der Weg zur Aussetzung der Wehrpflicht mitnichten vorgezeichnet. Der damalige Verteidigungsminister musste vielmehr zahlreiche Widerstände hinter sich lassen, ehe das Reformvorhaben als ‚Wehrrechtsänderungsgesetz‘⁴ am 15. April 2011 verabschiedet wurde.⁵

Der Blick zurück: Einführung der Wehrpflicht

60 Jahre zuvor hatte sich der erste Bundeskanzler Konrad Adenauer für eine Wiederbewaffnung Deutschlands gegen massive Widerstände eingesetzt. Die Opposition und die deutsche wie auch die europäische Öffentlichkeit lehnten eine Wiederbelebung des ‚deutschen Militarismus‘ jedoch vehement ab.⁶ „Nie wieder Krieg, nie wieder Barras, nie wieder Wehrmacht, nie wieder auf Menschen schießen (...) müssen!“⁷, lautete Anfang der 1950er-Jahre in der Bevölkerungsmehrheit die Konsequenz aus den Weltkriegen. Doch bereits

* Die vorliegende Falldarstellung ist im Rahmen des von Prof. Dr. Manuela Glaab verantworteten und Daniel Reichard M.A. koordinierten Lehrprojekts „Fallbasierte kompetenzorientierte Lehre: Von der Falldarstellung zum Case Teaching“ im Wintersemester 2014/15 unter Mitarbeit von Studierenden am Campus Landau entstanden. Der Case ist das Ergebnis der studiengangübergreifenden Blockveranstaltung „Schreibwerkstatt: Problemorientiert denken – erfolgreich schreiben“.

fünf Jahre nach dem Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 und der Entmilitarisierung Deutschlands diskutierten die alliierten Streitkräfte über ein neues deutsches Militär.⁸ Hierzu formulierte Adenauer ein Modell einer dem Parlament verpflichteten Wehrpflichtarmee, das zunächst an der französischen Nationalversammlung 1954 scheiterte.⁹

Obwohl in der innerdeutschen wie auch europäischen Debatte gegenüber einer deutschen Armee nach wie vor Skepsis laut wurde, wurde Deutschland am 9. Mai 1955 Mitglied der NATO. Durch die aufgrund des Ost-West-Konflikts angespannte sicherheitspolitische Lage, wurde Deutschland als Pufferzone zwischen den USA und der Sowjetunion benötigt. Dies machte ein Militär politisch zwingend notwendig. Zugleich schuf die durch den Kalten Krieg wachsende politische Unsicherheit in der Bevölkerung eine zunehmend breitere Basis für die Gründung einer neuen Bundeswehr.¹⁰ Die Bedenken des westlichen Auslands gegenüber der Wiederbewaffnung Deutschlands konnte dadurch verringert werden, dass die geplante Bundeswehr übernationalen Kommandostrukturen unterstellt und dauerhaft auf Atomwaffen verzichtet werden sollte.

Im Jahr 1955 wurde die Bundeswehr gegründet. Am 12. November 1955 vereidigte der damalige Bundesminister für Verteidigung, Theodor Blank (CDU), die ersten freiwilligen Soldaten. Dieses Datum gilt als Geburtsstunde der Bundeswehr. 1956 trat das Wehrpflichtgesetz in Kraft.¹¹ Nach langen, auch von Demonstrationen begleiteten Auseinandersetzungen, wurde Deutschland schließlich doch remilitarisiert.

Ausgestaltung der Wehrpflicht in der Ära Adenauer

Die neue Armee sollte aus der Bevölkerung heraus rekrutiert und von ihr getragen werden. Verantwortlich für die Neustrukturierung des Militärs in Deutschland war das sogenannte ‚Amt Blank‘. In diesem Vorläufer des Bundesverteidigungsministeriums wurden die Begriffe ‚Bürger in Uniform‘ und ‚Innere Führung‘ geprägt.¹² Adenauer und das Amt Blank sahen sich mit vier historischen Problemen einer Wiederbewaffnung Deutschlands konfrontiert. So sollte eine Beeinflussung der Politik durch das Militär, wie es seit der Kaiserzeit geschehen war, verhindert werden; der Herausbildung eines Staates im Staat, einer Korrumpiertheit des Militärs durch ein Regime und dem Militarismus entgegen gewirkt werden. Eine Instrumentalisierung des Militärs, wie es im Dritten Reich geschah, sollte verhindert werden.¹³

Drei Grundbestimmungen mussten hierfür erfüllt werden: Die Armee musste eine Parlamentsarmee werden, das heißt, der vom Parlament kontrollierte Verteidigungsminister (Art. 65a GG) sollte den Oberbefehl über die Bundeswehr bekommen. So wurde eine Abschottung des Militärs vom Staat, also die Herausbildung eines Staats im Staat, vermieden, welches die *erste Bestimmung* war. Die *zweite Bestimmung* umfasste ein Verständnis der Soldaten als ‚Staatsbürger in Uniform‘. Dieses bedeutete, dass die neuen Soldaten mit allen staatsbürgerlichen Rechten ausgestattet sein sollten. Politische Bildung sollte eine zentrale Aufgabe der Armee darstellen. Durch Bürger als Soldaten sollte eine Demokratisierung der Bundeswehr erfolgen. Eine eigens geschaffene Akademie sollte die zukünftigen Führungsoffiziere dazu befähigen, das Konzept der ‚Inneren Führung‘ zu verwirklichen. Dieses sollte das Spannungsverhältnis zwischen dem Soldaten mit militärischen Pflichten und dem Bürger mit staatsbürgerlichen Rechten mildern und das Selbstverständnis der Soldaten als Parlamentsarmee prägen. Die *dritte Bestimmung* war die Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht. Sie bildete die Grundlage der gesellschaftlichen Verankerung der bewaffneten Macht im neu gegründeten Verfassungsstaat und sollte Ausdruck eines Gemeinschaftsgefühls sein. Alle Männer eines Jahrgangs konnten eingezogen werden, deshalb galt die Wehrpflicht als Symbol vollständiger Gleichheit. Die Wehrpflicht wurde nicht nur als Pflicht, sondern vielmehr auch als Recht des Staatsbürgers angesehen.¹⁴

Diese drei Grundbestimmungen für die Ausgestaltung der Bundeswehr sorgten in überraschend kurzer Zeit für eine breite Akzeptanz der neu eingeführten Wehrpflicht.¹⁵ Sie blieb beinahe sechs Jahrzehnte fester Bestandteil der freiheitlichen Verfassungsordnung der Bundesrepublik. Die Wehrpflicht galt somit als „Ausdruck einer individuellen Verpflichtung [wie auch als] Bekenntnis zu einer gesellschaftlich verankerten Bundeswehr“.¹⁶

Vor der Bundestagswahl 2009: Das Ringen um den Erhalt der Wehrpflicht beginnt

Wie schon bei der Einführung der Wehrpflicht wurde die Diskussion um eine mögliche Aussetzung der Wehrpflicht ebenfalls durch politische und gesellschaftliche Veränderungen in Deutschland angestoßen. Seit 1990 hatte sich zudem die sicherheitspolitische Lage Deutschlands gewandelt. Mit der deutschen Wiedervereinigung und dem Zerfall der Sowjetunion verlor die Frage militärischer Verteidigung an Relevanz. Immer weniger junge Männer eines Jahrgangs wurden eingezogen und mussten Wehrdienst leisten. 2009 wurde

nur noch circa jeder fünfte Mann eingezogen.¹⁷ Das lag vor allem an der Reduktion von Wehrdienstplätzen von 160.000 im Jahr 1998 auf nur noch 68.000 im Jahr 2007.¹⁸ Das Verwaltungsgericht Köln erläuterte in einem Beschluss vom Dezember 2008: „Wenn nur noch eine Minderheit Dienst leistet und der Rest gesetzlich von der Dienstleistung befreit ist, so kann von einer gleichen Last für alle pflichtigen Bürger nicht mehr gesprochen werden“.¹⁹ Dass die einen an ihrer Karriere arbeiten können, während die anderen Wehrdienst leisten mussten, kritisierte vor allem die FDP vehement. Die Wehrpflicht sei „überflüssig und ungerecht“²⁰, so Guido Westerwelle, der damalige Bundesparteivorsitzende der Liberalen, im Sommer vor der Bundestagswahl 2009.

Der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag und die Wehrpflicht

Nach der Bundestagswahl vom 27. September 2009 nahmen CDU/CSU und FDP Koalitionsverhandlungen auf. Die Union und die Liberalen stellten mit 332 Mandaten die Mehrheit im 17. Deutschen Bundestag.²¹ Mit dem besten Zweitstimmenergebnis ihrer Geschichte (14,6 Prozent) ging die FDP gestärkt in die Koalitionsverhandlungen mit der Union, die 33,8 Prozent der Stimmen erzielt hatte.²² In den Koalitionsverhandlungen machte die FDP die Aussetzung der Wehrpflicht zur Bedingung für eine erfolgreiche Regierungsbildung. Die Union lenkte jedoch zunächst nicht ein. Sie verstand zu diesem Zeitpunkt die Wehrpflicht als Kernpunkt und festen Bestandteil ihrer Programmatik.²³ Zudem sei der Dienst in der Bundeswehr mit der Geschichte und Demokratisierung des Landes eng verbunden.²⁴ Letztlich einigten sich die Verhandlungspartner auf einen Kompromiss: Statt die Wehrpflicht auszusetzen, sollte sie von neun auf sechs Monate verkürzt werden. Der 01. Januar 2011 wurde im Koalitionsvertrag als Zielmarke für die Umstrukturierung der Wehrpflicht festgelegt.²⁵ Die Opposition im Deutschen Bundestag kritisierte dieses Vorgehen und sprach sich gegen das Reformvorhaben der neu gebildeten, schwarz-gelben Bundesregierung aus.²⁶ Die Koalitionsvereinbarung würde die Wehrpflicht zu einer Art ‚Praktikumsarmee‘ verwandeln, so Lars Klingbeil, Verteidigungsexperte der SPD. Klingbeil bemängelte, dass die Reform den Wehrdienst zu einem „sechsmonatigen Praktikum bei der Bundeswehr“²⁷ machen würde. Die FDP zeigte sich jedoch unbeirrt und hielt – entgegen der Vereinbarung im Koalitionsvertrag – programmatisch an der Aussetzung des Pflichtdienstes fest. Elke Hoff, einstige verteidigungspolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion,

bekräftigte mehrfach, dass es der FDP unverändert darum gehe, die Wehrpflicht auszusetzen.²⁸ CDU/CSU standen diesem Vorhaben nach wie vor kritisch gegenüber: Bereits in der Vergangenheit war es der Union gelungen, Bemühungen um die Abschaffung der Wehrpflicht zu verhindern. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte sich in ihrer politischen Laufbahn – etwa als Frauen- und Jugendministerin in den 1990er-Jahren – des Öfteren gegen Änderungen des Wehrpflichtgesetzes ausgesprochen.²⁹

Zu Guttenbergs Besuch der Führungsakademie und Kommandeurstagung in Hamburg

Am 26. Mai 2010 zeichnete sich dann eine vorsichtige öffentliche Abkehr vom im Koalitionsvertrag vereinbarten Kurs der schwarz-gelben Bundesregierung ab. Der damalige Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg besuchte die Führungsakademie der Bundeswehr und die Kommandeurstagung der Streitkräftebasis in Hamburg. Zu Guttenberg kam in seiner Grundsatzrede, die er anlässlich des Besuchs hielt, auf das Thema ‚Aussetzung der Wehrpflicht‘ zu sprechen. Unter Berücksichtigung der verfassungsrechtlich verankerten Schuldenbremse sowie der Haushaltslage der Bundesrepublik kündigte er an, dass die Bundeswehr als wesentlicher Ausgabenposten des Bundeshaushalts mit Einsparungen rechnen müsse. Diese sollten durch eine umfangreiche Bundeswehrreform ermöglicht werden. Durch Reformen würde die Bundeswehr zugleich effizienter und moderner werden, versprach zu Guttenberg.³⁰ Generell sollten sich die Struktur und das Anspruchsniveau der Bundeswehr an ihrem Finanzrahmen orientieren: „Das wird nicht einfach, ja es wird teils außerordentlich schmerzlich. Die Arbeiten im Hause laufen – parallel und komplementär zu denen der Strukturkommission. Dabei darf aber nicht allein der Rotstift regieren, sondern Effizienz, Effektivität und Einsatzorientierung müssen unsere Überprüfung bestimmen“³¹, hob der Bundesminister hervor. Durch Strukturveränderungen im Verwaltungs-, Standort- und Beamtenbereich, sowie Kürzungen im Rahmen der Personal-, Material- und Betriebskosten könnten laut des Verteidigungsministers Einsparungen erzielt werden. Insgesamt plante zu Guttenberg eine drastische Verkleinerung der Truppe. Die Forderung nach einer Aussetzung der Wehrpflicht rückte im Zuge der Reformüberlegungen damit erneut aufs Tableau. Die Verkürzung der Dienstzeit mache die Wehrpflicht unrentabel. Verwaltungs-, Ausbildungs- und Materialkosten überstiegen den Nutzen der Institution.³² „Mit den jetzt bekannten Zahlen und nicht aufgrund von bekannt gewordenen Koalitionsträumereien wird der Fortbestand der

Wehrpflicht – wie ich schon einmal angedeutet habe – zur Gretchenfrage hochstilisiert werden, die neben der sicherheitspolitischen Ableitung jedoch hinsichtlich Regenerationsfähigkeit und Integration der Streitkräfte in die Gesellschaft Schlüsselqualität besitzt³³, erläuterte der einstige Bundesverteidigungsminister in Hamburg.

Sparklausur im Kabinett und Kritik an zu Guttenberg

Die Jahre 2008 und 2009 forderten von der Regierung einen straffen Sparkurs. Durch das finanziell angeschlagene Griechenland und die europäische Staatsschuldenkrise war die Haushaltslage angespannt. Zur Haushaltskonsolidierung waren auch vom Verteidigungsministerium Einsparungen gefordert.³⁴ Die Sparvorschläge gründeten sich auf den Empfehlungen der ‚Weise-Kommission‘, die von zu Guttenberg eingesetzte Kommission, die notwendige Veränderungen in der Bundeswehr überprüfen sollte. Die Kommission schlug eine Verkleinerung der Truppe von 250.000 auf 180.000 Soldaten ebenso vor wie eine Verschlinkung des Beamten- und Verwaltungsapparats. Durch die mögliche Aussetzung der Wehrpflicht wurden Einsparungen in Höhe von circa 8,3 Milliarden Euro im Wehretat prognostiziert.³⁵ Zu Guttenbergs Reformüberlegungen stießen in den eigenen Reihen jedoch auf Widerstand. Der CSU-Parteivorsitzende Seehofer kritisierte offen die Pläne seines Parteifreunds: „Wir können nicht alle paar Monate unsere politischen Entscheidungen verändern.“³⁶ Nach Auffassung von Seehofer sei die CSU eine Partei der Bundeswehr und stehe entsprechend für die Wehrpflicht. Hier würden keine weiteren Kompromisse eingegangen. Seehofer kündigte an, dass er die Vorschläge zu Guttenbergs gründlich mit ihm besprechen werde.³⁷

Kritik an den Reformplänen äußerten auch der Städte- und Gemeindebund, der Bundeswehrverband sowie der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Ernst-Reinhard Beck. Ein „Aussetzen der Wehrpflicht würde faktisch [das] Ende [der Bundeswehr] bedeuten“, befürchtete Beck.³⁸ Die eigenen Parteifreunde schienen sich von ihrem Verteidigungsminister in der Frage nach der Wehrpflicht abzuwenden. Zuspruch erhielt zu Guttenberg weiterhin vom Koalitionspartner FDP sowie von Seiten der Opposition, die ihn für seine Reformbemühungen lobten. Der damalige Bundesaußenminister und FDP-Vorsitzende, Guido Westerwelle, forderte ein schnelles Ende der Wehrpflicht: „Ich bin davon überzeugt,

dass wir aus der Bundeswehr eine Freiwilligenarmee machen sollten“³⁹, so Westerwelle, dem die FDP-Bundestagfraktion beipflichtete.⁴⁰ Auch der Bundesvorsitzende der Grünen, Cem Özdemir, setzte sich für eine rasche Aussetzung der Wehrpflicht ein. Die auf sechs Monate verkürzte Wehrpflicht sei „unsinniger Murks“⁴¹, befand Özdemir. Er forderte zugleich staatliche Unterstützung bei der Bildung sozialer Freiwilligendienste.⁴²

Unterdessen avancierten die Reformpläne des Verteidigungsministers in der schwarz-gelben Bundesregierung zum koalitionspolitischen Zankapfel. CSU-Chef Seehofer forderte Außenminister Westerwelle auf, sich in der Debatte zurückzuhalten. Bevor über Beratungen in der Koalition nachgedacht würde, solle zu Guttenberg zuerst Entwürfe zur Zukunft der Wehrpflicht vorlegen.⁴³ Die Aussetzung der Wehrpflicht könne nur im Rahmen einer Strukturreform erörtert werden und nicht isoliert davon. CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe pflichtete Seehofer bei: „Hier darf nichts übers Knie gebrochen werden“.⁴⁴ Einer voreiligen Diskussion erteilte er eine Absage.⁴⁵

Der bayerische Staatsminister Joachim Herrmann, die Thüringer CDU-Ministerpräsidentin, Christine Lieberknecht, und der damalige saarländische Ministerpräsident, Peter Müller, sprachen sich gegen eine Veränderung der Bundeswehr bzw. gegen die Aussetzung der Wehrpflicht aus.⁴⁶ In der hitzigen Auseinandersetzung warf der ehemalige Verteidigungsminister Volker Rühle (CDU) der Koalition einen unverantwortlichen Umgang mit der Bundeswehr vor: „Die Bundesregierung hat die Wehrpflicht in Richtung Sinnlosigkeit verkürzt und so zerstört [...]. Aussetzen heißt Abschaffen“.⁴⁷ Der einstige Bundesbeauftragte für Zivildienst, Jens Kreuter (CDU), gab zu bedenken, dass auch der Zivildienst und somit das Engagement von über 90.000 jungen Männern verloren gehen würde, sobald die Wehrpflicht weg falle.⁴⁸ Eine Aussetzung der Wehrpflicht habe damit gravierende Auswirkungen auf die soziale Infrastruktur in sich, mahnte Kreuter.⁴⁹

Bundeskanzlerin Angela Merkel zeigte sich in der öffentlich-medialen Diskussion von Anfang an zurückhaltend. „Die Parteien werden darüber diskutieren, ich werde dem jetzt nicht vorgreifen, aber bin durchaus mit Sympathie ausgestattet, was die Überlegungen des Verteidigungsministers anbelangt“⁵⁰, äußerte Merkel gegenüber der ARD. Merkel betonte, dass sie zwar überzeugte Anhängerin der Wehrpflicht sei, denn „[d]ie Wehrpflicht ist eine Erfolgsgeschichte der gesellschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland“.⁵¹ Allerdings halte sie einen „zukunftsweisenden Strukturwandel“⁵² der Bundeswehr für nötig, der auch zu einem Aussetzen der Wehrpflicht führen könnte. Dieser dürfe jedoch nicht nur

haushaltspolitisch begründet werden.⁵³ Ihr Umdenken begründete Merkel damit, dass es in der Debatte „keine Denkverbote“⁵⁴ geben dürfe. Sie betonte, es müsse „ein in sich schlüssiges, tragfähiges sicherheitspolitisches Konzept sein, mit dem die Bundeswehr ihren Auftrag erfüllen kann“.⁵⁵ Die politischen Beobachter des Hauptstadtgeschehens sahen die Kanzlerin damit an der Seite des Verteidigungsministers, was zu Guttenberg „als Sieg für sich verbuchen“⁵⁶ konnte.

Rückenwind von der Bundeskanzlerin

Im August 2010 legte zu Guttenberg dem Bundestag ein neues Modell vor.⁵⁷ In diesem schlug der Verteidigungsminister vor, die Wehrpflicht praktisch auszusetzen und in eine Art freiwilligen Wehrdienst umzustrukturieren. Die Pläne umfassten eine Reduzierung von 190.000 auf 156.000 Soldaten. Zusätzlich sollten 7500 freiwillige Soldaten pro Jahr hinzukommen.⁵⁸ Das Modell stieß auf Widerstand. So kritisierte beispielsweise Thomas Silberhorn, Verteidigungsexperte der CSU im Bundestag, dass es nicht genug bereitstehende Freiwillige für diese Aufgabe gäbe. Mit Blick auf den Zivildienst warnte Bayerns Innenminister Herrmann vor einer Kostenexplosion der Sozialfürsorge. Auch finanzielle Bedenken wurden laut.⁵⁹ Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hatte für die Bundeswehr Einsparungen von bis zu 8,3 Milliarden Euro eingeplant. Medienberichten zufolge hätte das Vorhaben zu Guttenbergs den Verteidigungsetat allerdings nur um 1,5 Milliarden Euro entlastet.⁶⁰ Fernab dieser öffentlichen Rechenspiele versuchte Bundeskanzlerin Angela Merkel, die Reformgegner in der eigenen Partei von der Aussetzung der Wehrpflicht zu überzeugen. So sprach sie unter anderem mit dem bekennenden Reformgegner und CDU-Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder, den sie von den Reformplänen offenbar auch überzeugen konnte.⁶¹ Unterdessen hatte sich der damalige Bundespräsident Christian Wulff in die Debatte eingeschaltet. Er warnte vor zu großen Einsparungen bei der Bundeswehr. Die Soldaten müssten sich darauf verlassen können, „dass die Streitkräfte auch künftig das erhalten, was sie zu einer erfolgreichen Erfüllung ihrer Aufträge benötigen“.⁶² Kanzlerin Merkel äußerte sich weiterhin positiv zum Vorhaben des Verteidigungsministers und unterstützte den Plan einer Freiwilligenarmee. Sie sprach sich lediglich gegen die Einführung eines Pflichtjahres anstelle von Wehr- und Zivildienst aus, da dies die Freiheit des Einzelnen beeinträchtigen würde.⁶³

Angst vor Standortschließungen und ein Meinungsumschwung in Bayern

Angesichts der angedachten Verkleinerung der Bundeswehr befürchteten viele Ministerpräsidenten Standortschließungen in ihren Ländern. Zu Guttenberg versuchte die Landeschefs mit einer sechsmonatigen Probezeit zu beruhigen: „Die Entscheidungen über die Standorte fallen nicht vor Mitte nächsten Jahres. Aber ich kann heute schon sagen: Es wird keinen Kahlschlag geben“.⁶⁴ Damit versucht er vor allem Spekulationen über eine weitläufige Schließung vieler Bundeswehrstandorte zu entkräften. Kommunale Vertreter befürchteten, dass bei Standortschließungen vor Ort mit wirtschaftlichen Folgen zu rechnen sein würde.⁶⁵ Insbesondere die Bundesländer Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg wären von Schließungen betroffen gewesen, da sich jede vierte Kaserne in den beiden Ländern befand.⁶⁶ Daher versuchte der Bundesminister die Sorgen aufzugreifen: „Da wird nicht mit dem Rasenmäher oder nach irgendwelchen Zahlen vorgegangen, sondern nach vielen Kriterien“.⁶⁷ Im September 2010 revidierte Seehofer seine Position zur Bundeswehrreform. Zuvor hatte zu Guttenberg der CSU-Basis auf mehreren Veranstaltungen seine Reformpläne erläutert, für die er meist „stürmischen Applaus“⁶⁸ erhalten hatte. Seehofer schlug daraufhin selbst eine Berufsarmee vor: „Wenn es gemäß der Sicherheitsanalyse der Bundesregierung keine verfassungsrechtliche Grundlage für die Wehrpflicht im Frieden mehr gibt, dann muss man zwingend die Botschaft damit verbinden, dass man die Wehrpflicht abschafft und wir in Zukunft eine Berufsarmee haben“.⁶⁹ Die Aussetzung würde letztlich einer Abschaffung der Wehrpflicht gleich kommen: „„Aussetzen“ heißt: In Friedenszeiten wird die Wehrpflicht niemand mehr einführen“.⁷⁰ Seehofer widersprach dem Vorwurf, einen innerparteilichen Machtkampf gegen zu Guttenberg verloren zu haben. Der CSU-Chef sprach vielmehr von einem Wandel in der Union.⁷¹

Der Wendepunkt im September 2010

Während der CDU-Präsidiumsklausur am 12. September 2010 in Diedersdorf bei Berlin sprach sich neben Bundeskanzlerin Merkel und CDU-Fraktionschef Kauder auch Finanzminister Schäuble für eine Aussetzung der Wehrpflicht aus.⁷² Jegliche bisherigen Bedenken in den Reihen von CDU und CSU schienen ebenso ausgeräumt wie die Vorbehalte der

Ministerpräsidenten. Durch einen Präsidiumsbeschluss hielten die Klausurteilnehmer fest, sich hinter das Vorhaben der Bundeswehrreform und damit auch hinter zu Guttenberg zu stellen.⁷³

Dieser nutzte die Gunst der Stunde um einen weiteren Reformvorstoß zu lancieren. Mit der Aussetzung der Wehrpflicht solle die Musterung ebenfalls ausgesetzt werden, ohne dabei die Erfassung einzugsfähiger junger Männer aufzugeben. Er pochte darauf, dass seine Reform nicht die Abschaffung, sondern lediglich eine Aussetzung der Wehrpflicht bedeute.⁷⁴ „Die Erfassung jedes jungen Mannes macht grundsätzlich Sinn“⁷⁵, betonte der Verteidigungsminister, aber die Musterung sei ebenso schwer zu rechtfertigen, wie die Wehrpflicht als solche.⁷⁶ Der Verteidigungsminister war sich sicher, dass die Diskussionen über die Reform noch nicht abgeschlossen sei: „An der einen oder anderen Stelle werden wir sicher noch mal ein Stellschräubchen nachjustieren müssen, das gehört dazu“.⁷⁷ Solch ein Stellschräubchen benannte Seehofer, der Wert darauf legte, die Wehrpflichtverankerung im Grundgesetz beizubehalten, um sie bei Bedarf mit einfacher Mehrheit im Bundestag wieder einführen zu können.⁷⁸

Zu Guttenberg baut Rückhalt aus

Im weiteren Verlauf des Monats September lud zu Guttenberg den Führungszirkel der CDU in Berlin zu einem ‚Kamingespräch‘ ein. Nachdem sich zuvor bereits große Teile der Union seinen Reformplänen angeschlossen hatten, wollte er in dieser sonntagabendlichen Runde nun auch die letzten Zweifler für sein Vorhaben gewinnen.⁷⁹ Im persönlichen Gespräch schien der Verteidigungsminister seine Parteikollegen umstimmen zu können. So gewann er die beiden CDU-Ministerpräsidenten David McAllister (Niedersachsen) und den Peter Harry Carstensen (Schleswig-Holstein) für seine Pläne. Es wäre der Vortrag des Ministers gewesen, der „so überzeugend“ gewesen sei, dass man „seinen Argumenten nun folge“⁸⁰, ließ sich McAllister im Nachgang der Gesprächsrunde zitieren. Auch Stefan Mappus, CDU-Ministerpräsident von Baden-Württemberg, stand zu Guttenbergs Vorschlägen nun positiv gegenüber.⁸¹

Ende September 2010 bereiste zu Guttenberg verschiedene Kasernen in Deutschland, um bei der Bundeswehr für seine Reformpläne zu werben. Er versuchte, vor allem den Truppen die Angst vor Standortschließungen zu nehmen. Thematisiert wurden auch der mögliche Wegfall

wichtiger Infrastrukturen durch die Armee sowie das Umdenken bezogen auf die Wehrpflicht.⁸² Gerade in Schleswig-Holstein, beim Besuch der „Rettberg-Kaserne“ in Eutin, pochte der Oberstleutnant auf die Einbettung des Standorts in die Region: „Wenn man dann nahezu der letzte Heeresverband in Schleswig-Holstein ist, sollte man das nicht leichtfertig aufgeben“.⁸³ Zu Guttenbergs Ziel bei seiner „Sommerreise“⁸⁴ war es, die Kommandeure und Führungen der einzelnen Bundeswehrstandorte von einer Aussetzung der Wehrpflicht zu überzeugen. Wenn ihm dies gelingen würde, so hätte zu Guttenberg bereits einen wichtigen Teil der Betroffenen hinter sich bringen können.⁸⁵ Schließlich ging es nicht allein darum, die Unionsparteien für das Reformvorhaben zu gewinnen.

Der Abschlussbericht der Wehrstrukturkommission bestärkt zu Guttenberg

Am 26. Oktober 2010 legte die im April 2010 von Verteidigungsminister zu Guttenberg eingesetzte Wehrstrukturkommission ihren Abschlussbericht „Vom Einsatz her denken. Konzentration, Flexibilität, Effizienz“ vor.⁸⁶ Die zentrale Forderung im Abschlussbericht war die Aussetzung der Wehrpflicht. Weiterhin sollte die Anzahl der Dienstposten von ursprünglich 3.000 auf 1.500 sowie die Anzahl der Führungsebenen reduziert werden. Defizite der Bundeswehr bei Entwicklung, Beschaffung und Nutzung sollten durch eine Beschaffungsagentur beseitigt werden. Diese sollte Kompetenzen bündeln und die Zielsteuerung effizienter umsetzen. Zusätzlich wurden eine Senkung des Anteils der Berufssoldaten und eine Erhöhung der Soldaten auf Zeit vorgeschlagen. Durch Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Dienst, durch neue Karriereöglichkeiten sowie durch eine Professionalisierung der Aus- und Weiterbildung sollte die Attraktivität der Bundeswehr gesteigert werden. Mit einem freiwilligen Dienst sollten junge Menschen darüber hinaus künftig die Möglichkeit erhalten, sich im Sozialen, im Umwelt- und Katastrophenschutz oder eben auch im Dienst der Bundeswehr freiwillig zu engagieren.^{87,88} Verteidigungsminister zu Guttenberg kündigte an, dass die grundlegende Strukturreform der Bundeswehr in den nächsten fünf bis acht Jahren verwirklicht werden sollte.⁸⁹ Er wollte bis Ende Januar 2011 im Ministerium ein Konzept auf Grundlage der Empfehlung des Abschlussberichts der Kommission erstellen lassen, so der Bundesminister.⁹⁰

Überzeugungsarbeit auf den Parteitag der Schwesterparteien

Die Unterstützung der CDU-Ministerpräsidenten McAllister, Carstensen und Mappus und der Abschlussbericht der Wehrstrukturkommission verliehen zu Guttenberg den nötigen Rückenwind für die anstehenden Parteitage der CSU und der CDU. Auf dem Parteitag der CSU am 29. Oktober 2010 in München warteten die Delegierten gespannt auf seinen Redebeitrag zu den Reformplänen. Die Rede sollte auch die letzten Zweifel innerhalb der CSU ausräumen. Darin rief der Verteidigungsminister seine Partei zur Geschlossenheit auf, besonders appellierte er an CSU-Chef Horst Seehofer: „Es kommt auf den Zusammenhalt an, lieber Horst Seehofer“⁹¹, mahnte zu Guttenberg seinen Parteifreund und warnte vor einem „Rednerwettbewerb“⁹².

Zu Guttenberg lobte in seiner Rede auf dem Parteitag zudem das Engagement der Soldaten und die Bindung zwischen Bundeswehr und Bevölkerung. Dies sei auch schon in der Vergangenheit wichtig gewesen und bliebe Teil der Tradition der Union.⁹³ Er warnte vor einer „Bundeswehr nach Kassenlage“⁹⁴ und beteuerte, dass der Krieg in Afghanistan nicht unbeachtet bleiben dürfe.⁹⁵ Hinzu käme, dass die Struktur der heutigen Bundeswehr noch aus der Zeit des Kalten Kriegs stamme: „Es ist eine sicherheitspolitische wie eine patriotische Verantwortung, die wir für die Bundeswehr haben“.⁹⁶ Seine Aussage lautete: „Der Kopf sagt das eine, das Herz sagt das andere“.⁹⁷ Man solle sich den Realitäten stellen, auch wenn dies unangenehm sein könne, so zu Guttenberg.⁹⁸

Die Delegierten auf dem CSU-Parteitag stimmten im Anschluss mit großer Mehrheit für die Aussetzung der Wehrpflicht.⁹⁹ Kanzlerin Merkel lobte den Verteidigungsminister auf dem Parteitag: „Ich freue mich, dass der Verteidigungsminister erstklassig arbeitet, dabei eine gute Figur macht und viel Anklang findet“.¹⁰⁰ Sowohl in der Öffentlichkeit als auch in Teilen der CSU wurde zu Guttenberg zu dieser Zeit schon als Nachfolger Seehofers im Parteivorsitz gehandelt.¹⁰¹ Der CSU-Chef versuchte vor den Parteitagsdebatten die vermutete Rivalität zu entkräften: „Wenn das einzige Problem der CSU ist, dass wir gute Leute haben, dann bin ich ein glücklicher Parteivorsitzender“.¹⁰² In Umfragen rangierten die Beliebtheitswerte des Verteidigungsministers weit über denen von Horst Seehofer. Im Oktober 2010 zeigten sich im ARD-DeutschlandTREND (Infratest dimap) 74 Prozent der Befragten mit zu Guttenberg als Politiker (sehr) zufrieden. Der bis dato höchste Wert des CSU-Politikers im ARD-

DeutschlandTREND. Horst Seehofer hingegen rankte bei der Umfrage nur bei 33 Prozent.¹⁰³ Der kompetente Aufstieg des politischen Newcomers hatte jedoch schon weit vorher seinen Höhepunkt erreicht: Schon im Juni 2010 wurde zu Guttenberg als Nachfolger von Angela Merkel im Kanzleramt gehandelt.¹⁰⁴ Insgesamt genoss zu Guttenberg demnach ein gutes Ansehen in der Bevölkerung. Auf diese Popularität konnte er bei der Durchsetzung seiner Reformpläne bauen – unter anderem durch medienwirksame Auftritte auf Parteitagsbühnen. Nur zwei Wochen nach dem CSU-Parteitag in München fand der CDU-Bundesparteitag in Karlsruhe statt. Verteidigungsminister zu Guttenberg sprach auch hier zur Aussetzung der Wehrpflicht. Am Ende, so die Beobachter des Parteitaggeschehens, klatschten die Delegierten der CDU stehend „für einen CSU-Politiker, der ihr einen Markenkern nimmt“.¹⁰⁵ Der Beifall schlug sich schließlich auch im Parteitagsbeschluss nieder: Mit großer Mehrheit stimmten die Delegierten für das vorläufige Ende der Wehrpflicht. Die CDU schien vom „Guttenberg-Virus“¹⁰⁶ infiziert, anders sei es nicht zu erklären, „dass all die Argumente für den Erhalt der Wehrpflicht, die seit Jahrzehnten zum Katalog der unabänderlichen Dogmen der Union gehörten, kein Gewicht mehr zu haben“¹⁰⁷ schienen, hieß es in einem Kommentar zum Beschluss. Die wenigen Gegenstimmen aus den Reihen der CDU fanden kaum Gehör. Der verteidigungspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Ernst-Reinhard Beck, etwa sprach von einem „schmerzhaften und historischem Einschnitt“¹⁰⁸ in der Geschichte der CDU. Am Ende aber war klar: Die Wehrpflicht sollte Mitte des Jahres 2011 auslaufen.¹⁰⁹ Sie sollte allerdings nicht aus dem Grundgesetz genommen werden, so dass die Wehrpflicht bei Bedarf mit einfacher Mehrheit des Bundestages wieder eingeführt werden könnte.

Nach beiden Parteitagen schien der Weg für zu Guttenbergs Bundeswehrreform frei. Bei der anstehenden Abstimmung im Deutschen Bundestag wurde kaum mit Widerstand aus den Fraktionen gerechnet. Schließlich hielten Regierung und Opposition eine Reform der Wehrpflicht für überfällig. Die Abgeordneten waren sich einig, dass mit dem Wandel der Bundeswehr zur Armee im Einsatz und der Verkürzung des Wehrdienstes auf sechs Monate die Rekrutierung einzugsfähiger Männer sicherheitspolitisch nicht mehr angemessen und zugleich sogar verfassungsrechtlich bedenklich sei.¹¹⁰ Die Bedenken über mögliche Negativfolgen für den Zivildienst blieben teilweise bestehen. CDU-Bundesfamilienministerin, Kristina Schröder, machte sich daher für die Idee eines freiwilligen Zivildienstes stark und setzte auf eine Förderung der freiwilligen Dienste durch Bundesmittel.¹¹¹ „Jeder profitiert davon, sich eine Zeit lang für sein Land zu engagieren“¹¹², bescheinigte sie.

Der Weg zur Verabschiedung der Bundeswehrreform

Nachdem der Verteidigungsminister sich zum einen die Basis der Union durch Präsenz in den Wahlkreisen und zum anderen die Unterstützung der Delegierten der beiden Parteitage gesichert hatte, konnte der Weg zur Verabschiedung der Bundeswehrreform beschritten werden. Im Dezember 2010 einigten sich die Spitzen der schwarz-gelben Bundesregierung im Koalitionsausschuss darauf, dass ab Mitte 2011 keine Einberufungsbescheide mehr verschickt werden sollten. Zudem wurde für die Bundeswehr eine maximale Truppenstärke von 185.000 vorgesehen, mit 170.000 Berufs- und Zeitsoldaten sowie 15.000 Männern und Frauen im Freiwilligendienst.¹¹³ Die Bundesregierung war bemüht, die mittelfristige Finanzplanung einzuhalten, auch wenn dies zu Guttenberg mit Blick auf die Reduzierung der Truppenstärke auf 185.000 Soldaten bezweifelte.¹¹⁴ Jedenfalls stellte der Verteidigungsminister höhere Kosten als geplant in Aussicht.¹¹⁵ Innerhalb der Koalition herrsche jedoch Einigkeit darüber, dass es keine Sicherheitspolitik nach Kassenlage geben sollte und geben dürfte, so zu Guttenberg am 10. Dezember 2010 in der ARD.¹¹⁶ Mit den geplanten Umstrukturierungen und Änderungen durch die Bundeswehrreform sollten bis 2014 8,3 Milliarden Euro bei den Streitkräften eingespart werden.¹¹⁷

Die Zustimmung zu seinen Reformplänen konnte sich zu Guttenberg sowohl im Koalitionsausschuss als auch im Bundeskabinett sichern. Fünf Tage nach dem Treffen der Koalitionsspitzen beschloss das Bundeskabinett am 15. Dezember 2010 die Bundeswehrreform. Demnach sollten bereits ab dem 1. Januar des neuen Jahres keine Wehrpflichtigen mehr gegen ihren Willen einberufen werden, wie der Bundesverteidigungsminister mitteilte. Mit einem Programm in Höhe eines dreistelligen Millionenbetrags wollte das Verteidigungsministerium Freiwillige gewinnen. Die Attraktivität des Dienstes bei der Bundeswehr sollte durch angemessene Aufstiegsmöglichkeiten und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf gesteigert werden. Unklar waren noch die Orte, an denen die Streitkräfte stationiert werden sollten. Die Klärung dieser Frage wurde auf Mitte 2011 verschoben. Zu Guttenberg versicherte allerdings, dass die Bundeswehr nicht an einzelnen Standorten konzentriert werde. Vielmehr gehe es darum, die Truppe weiterhin weitläufig im Land zu verteilen.¹¹⁸

Am 24. Februar 2011 erfolgte im Bundestag die erste Lesung zum Entwurf des

Wehrrechtsänderungsgesetzes der Bundesregierung. Zu Guttenberg betonte, dass eine stärkere Einsatzorientierung unabdingbar sei. Die Aussetzung der Wehrpflicht wurde von den Oppositionsfraktionen und – wie erwartet – von den Regierungsfraktionen grundsätzlich befürwortet.¹¹⁹ Dennoch kam es in der Debatte im Bundestag erneut zur Kritik an den Reformplänen. So bezeichnete der Abgeordnete der Linksfraktion, Paul Schäfer, die Politik zu Guttenbergs als eine „chaotische“¹²⁰. Agnes Malczak von Bündnis 90/Die Grünen warf dem Minister zudem vor, nicht logisch oder überlegt vorgegangen zu sein, da er sich nicht die Frage gestellt hätte, „welche Aufgaben und Grenzen das Militärische in der Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands zukünftig haben soll“.¹²¹ Der SPD-Politiker Ullrich Meßmer, Mitglied des Verteidigungsausschusses, äußerte schließlich die Befürchtung, die Reform könne nicht finanziert werden.¹²²

Der Verteidigungsminister geht, das Wehrrechtsänderungsgesetz kommt

Noch bevor das Gesetz zur Aussetzung der Wehrpflicht Bundestag und Bundesrat passieren konnte, kam es zu weitreichenden personellen Veränderungen. Zu Guttenberg wurde vorgeworfen, in seiner Dissertation plagiiert zu haben. Die Plagiatsaffäre bedeutete für den jungen Bundesverteidigungsminister einen erheblichen Image-Schaden.¹²³ Die Opposition versuchte, die Plagiatsvorwürfe gegen den Minister in der Plenardebatte zu ihren Gunsten zu nutzen. Zu Guttenberg sei ein „politische[r] Hochstapler“¹²⁴, so SPD-Chef Gabriel. Auch bei den Bürgern machte sich Unmut und vor allem Unverständnis gegenüber Kanzlerin Merkel und deren Festhalten an zu Guttenberg breit. Ende Februar forderten 30.000 Bürger im Internet mit einem Brief an die Kanzlerin den Rücktritt des Verteidigungsministers.¹²⁵

Vor dem Hintergrund des steigenden öffentlichen Drucks bat Karl-Theodor zu Guttenberg Bundeskanzlerin Angela Merkel am 01. März 2011 um Entbindung von seinem Kabinettsposten und legte außerdem sein Bundestagsmandat sowie alle politischen Ämter nieder. Er habe die Grenzen seiner Kraft erreicht, hieß es in seinem Statement.¹²⁶ Leicht sei ihm diese Entscheidung nicht gefallen und auch die Kanzlerin habe sein Gesuch „nur schweren Herzens“¹²⁷ angenommen. Schon einen Tag nach zu Guttenbergs Rücktritt wurde bekannt, dass der damalige CDU-Innenminister, Thomas de Maizière, ab sofort das Verteidigungsministerium führen sollte.

De Maizière setzte die Reformpläne seines Vorgängers fort. Am 24. März 2011 wurde das Wehrrechtsänderungsgesetz und damit die Aussetzung der Wehrpflicht vom Bundestag mit den Stimmen der schwarz-gelben Koalition und der Grünen-Fraktion beschlossen. SPD- und Linksfraktion stimmten gegen den Gesetzesentwurf der Regierung.¹²⁸ Der Linke-Abgeordnete Paul Schäfer bezeichnete das neue Wehrrechtsänderungsgesetz als „Murks-Gesetz“¹²⁹. Der SPD-Abgeordnete Lars Klingbeil verwies mit Blick auf Sparzwänge, dass eine Bundeswehrreform, die getrieben sei von der Haushaltskonsolidierung, nicht gelingen könne.¹³⁰ Mit der Verabschiedung des neuen Gesetzes am 15. April 2011 war die letzte Hürde zur Aussetzung der Wehrpflicht überwunden. Ab dem 01. Juli 2011 sollten keine Männer mehr für den Wehrdienst eingezogen werden.¹³¹

Neue Ära der Bundeswehr

An die Stelle des Grundwehrdienstes trat ab Juli 2011 ein freiwilliger Wehrdienst von 12 bis 23 Monaten für junge Frauen und Männer. Jedoch blieb die verfassungsrechtliche sowie einfach-gesetzliche Grundlage der Wehrpflicht erhalten.¹³² Vorgesehen war eine Fortgeltung der Steuerfreiheit der Geld- und Sachbezüge, der kostenlosen Familienheimfahrten sowie der Regelungen des Arbeitsplatzschutzgesetzes für eine „attraktive Ausgestaltung des freiwilligen Wehrdienstes“.¹³³ Die Bundeswehr sollte künftig über bis zu 185.000 Berufs- und Zeitsoldaten verfügen; zum Zeitpunkt des Parlamentsbeschlusses waren es 228.000 Soldaten. Zudem würde der Zivildienst mit der Aussetzung der Wehrpflicht zum 1. Juli 2011 wegfallen, stattdessen werde es einen Bundesfreiwilligendienst im Umfang von sechs bis 24 Monaten geben.¹³⁴

Die SPD kritisierte, dass die Rahmenbedingungen des Wehrrechtsänderungsgesetzes noch „völlig unklar“¹³⁵ seien und Karl-Theodor zu Guttenberg dem neuen Verteidigungsminister einem „Scherbenhaufen“¹³⁶ hinterlassen habe. Vor allem bezüglich der Nachwuchsgewinnung und Attraktivitätssteigerung der Bundeswehr habe de Maizière noch eine „enorme Kraftanstrengung vor sich“.¹³⁷ Zum 1. Juli 2011 meldeten sich mehr als 13.000 Freiwillige für den Wehrdienst, womit die Zielmarke von Verteidigungsminister Thomas de Maizière von 5.000 deutlich übertroffen wurde. Auch der von Seiten der Wohlfahrtsverbände befürchtete Einbruch im Bundesfreiwilligendienst blieb mit 17.300 Bewerbungen aus. Die

Rekrutierungszahlen seien besser als erwartet, betonte der Minister in der ‚BILD‘-Zeitung. Optimistisch äußerte er sich auch für die kommenden Jahre: Er ging davon aus, dass es genug Freiwillige und Zeitsoldaten geben werde.¹³⁸ Künftig wollte de Maizière mit dem Slogan „Wir. Dienen. Deutschland.“ für die Bundeswehr werben.¹³⁹

Der damalige Wehrbeauftragte Hellmut Königshaus zeigte sich zufrieden: „Wir sehen, dass die ursprünglichen pessimistischen Annahmen in dieser gravierenden Reform offenbar nicht Realität geworden sind“.¹⁴⁰ Das in der Debatte um die von zu Guttenberg im Eilschritt forcierte Bundeswehrreform erwartete Desaster blieb aus. Wenngleich zu Guttenberg nach seinem Rücktritt auf die weitere Entwicklung der Bundeswehr zumindest formal keinerlei Einflussmöglichkeiten mehr hatte, bleibt die Aussetzung der Wehrpflicht wohl als historischer Beitrag seines politischen Wirkens bestehen.

ENDNOTEN

- 1 Süddeutsche Zeitung Online (2011): Sechs Monate für das Undenkbare. Abzurufen unter <http://www.sueddeutsche.de/politik/wie-guttenberg-die-wehrpflicht-abschaffte-sechs-monate-fuer-das-undenkbare-1.1097741>. Zugegriffen: 29.11.2015.
- 2 Die Welt Online (2010): "Rumpelstilzchen!" Abzurufen unter <http://www.welt.de/politik/deutschland/article7963922/Rumpelstilzchen.html>. Zugegriffen: 29.06.2016.
- 3 Steinbach, Peter (2011): Zur Geschichte der Wehrpflicht. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 61, 28.11.2011 (48), S. 10-11.
- 4 Der Deutsche Bundestag (2011): Deutscher Bundestag. Stenografischer Bericht. 99. Sitzung. Berlin, Donnerstag, den 24. März 2011. Plenarprotokoll 17/99. Abzurufen unter <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/17/17099.pdf>. Zugegriffen: 05.07.2016.
- 5 Pötters, Stephan (2011): Abschaffung der Wehrpflicht nun durch Bundesrat besiegelt. Abzurufen unter <http://www.juraexamen.info/abschaffung-der-wehrpflicht-nun-durch-bundesrat-besiegelt/>. Zugegriffen: 08.12.2015.
- 6 Falbisoner, Martin (o. J.): Kalender: 12. November 1955. Gründung der Bundeswehr. Abzurufen unter <http://www.kas.de/wf/de/191.6174/>. Zugegriffen: 06.07.2016.
- 7 Steinbach, Peter (2011): Zur Geschichte der Wehrpflicht. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 61, 28.11.2011 (48), S. 9.
- 8 Bruners, Jan (o. J.): Die Adenauer-Ära. Abzurufen unter <http://docplayer.org/10573395-Die-adenauer-aera-jan-bruners.html>. Zugegriffen: 22.06.2016.
- 9 Ebd.
- 10 Steinbach, Peter (2011): Zur Geschichte der Wehrpflicht. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 61, 28.11.2011 (48), S. 9-11.
- 11 Handelsblatt Online (2002): Die Geschichte der Wehrpflicht in Deutschland. Abzurufen unter <http://www.handelsblatt.com/archiv/hintergrund-die-geschichte-der-wehrpflicht-in-deutschland/2156700.html>. Zugegriffen: 21.12.2015.
- 12 Dörfler-Dierken, Angelika (2005): Ethische Fundamente der Inneren Führung. Baudissins Leitgedanken: Gewissensgeleitetes Individuum – Verantwortlicher Gehorsam – Konflikt- und friedensfähige Mitmenschlichkeit. Band 77. Strausberg: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr. Abzurufen unter <http://www.mgfa.de/html/einsatzunterstuetzung/downloads/bericht77.pdf?PHPSESSID=931748af0e86616800373655acaf2902>. Zugegriffen: 22.06.2016.
- 13 Bruners, Jan (o. J.): Die Adenauer-Ära. Abzurufen unter <http://docplayer.org/10573395-Die-adenauer-aera-jan-bruners.html>. Zugegriffen: 22.06.2016.
- 14 Steinbach, Peter (2011): Zur Geschichte der Wehrpflicht. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 61, 28.11.2011 (48), S. 10.
- 15 Steinbach, Peter (2011): Zur Geschichte der Wehrpflicht. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 61, 28.11.2011 (48), S. 11.
- 16 Ebd.
- 17 Löwenstein, Stephan (2010): Der Herr der Meinungslage. Abzurufen unter <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/verteidigungsminister-zu-guttenberg-der-herr-der-meinungslage-1628381.html>. Zugegriffen: 29.06.2016.
- 18 Demmer, Ulrike (2009): „Überflüssig und ungerecht“. In: Der Spiegel 63, 27.07.2009 (31), S. 24.
- 19 Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung (o. J.): Verwaltungsgericht Köln vom 03.12.2008. Vorlagenbeschluss - Wehrpflicht nicht mehr allgemein und deshalb grundgesetzwidrig. Abzurufen unter <http://www.asfrab.de/beschluss-vg-koeln-3122008-8-k-579108-8-k-591308.html>. Zugegriffen: 29.06.2016.
- 20 Demmer, Ulrike (2009): „Überflüssig und ungerecht“. In: Der Spiegel 63, 27.07.2009 (31), S. 24.
- 21 Bundeszentrale für politische Bildung (2009): Sitzverteilung im 17. Deutschen Bundestag. Abzurufen unter http://www.bpb.de/wissen/OTYA35,0,Sitzverteilung_im_17_Deutschen_

- Bundestag.html. Zugegriffen: 22.06.2016.
- 22 Der Bundeswahlleiter (o. J.): Bundesergebnis. Endgültiges Ergebnis der Bundestagswahl 2009. Abzurufen unter https://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_09/ergebnisse/bundesergebnisse/index.html. Zugegriffen: 29.06.2016.
 - 23 Saalfeld, Thomas (2015): Koalitionsmanagement der christlich-liberalen Koalition Merkel II. Ein Lehrstück zur Wirkungslosigkeit von „Ex-Post-Mechanismen“. In: Zohlnhöfer, Reimut & Saalfeld, Thomas (Hg.): Politik im Schatten der Krise. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2009-2013. Wiesbaden: Springer VS, S. 191-221.
 - 24 Bötzel, Frank (2015): Grundlagen der Inneren Führung. Abzurufen unter http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/!ut/p/c4/DcgxDoAgDADAt_iBdnfzF-piipTaQKrBlT-X3Ha442D0qZDrbVRwx3UOXQIPTK8Xlk9V-LkDFKbxULCBmrGIY_U-Bop-ORI-gGxyMb-/. Zugegriffen: 29.06.2016.
 - 25 Spiegel Online (2009): Koalitionsgespräche: Schwarz-Gelb verkürzt Wehrdienst zum Militärpraktikum. Abzurufen unter <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/koalitionsgespraech-schwarz-gelb-verkuerzt-wehrdienst-zum-militaerpraktikum-a-656773.html>. Zugegriffen: 27.05.2016.
 - 26 Die Welt Online (2010): Bundestag beschließt Verkürzung des Wehrdienstes. Abzurufen unter <http://www.welt.de/politik/deutschland/article8094936/Bundestag-beschliesst-Verkuerzung-des-Wehrdienstes.html>. Zugegriffen: 30.06.2016
 - 27 Der Deutsche Bundestag (2010): Deutscher Bundestag. Stenografischer Bericht. 49. Sitzung. Berlin, Donnerstag, den 17. Juni 2010. Plenarprotokoll 17/49. Abzurufen unter <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/17/17048.pdf>. Zugegriffen: 30.06.2016.
 - 28 Heflik, Roman & Kain, Florian (2010): FDP will Wehrpflicht aussetzen. Abzurufen unter <http://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article106514249/FDP-will-Wehrpflicht-aussetzen.html>. Zugegriffen: 27.05.2016.
 - 29 Link, Christoph (2011): Chronik der Plagiatsaffäre. Abzurufen unter <http://www.stuttgarterzeitung.de/inhalt.karl-theodor-zu-gutenberg-uni-will-anwalt-der-wissenschaft-sein-page2.d793185b-1917-49ef-8f9d-914d9f481348.html>. Zugegriffen: 05.02.2016.
 - 30 Bundesministerium der Verteidigung (2010): Grundsatzrede des Verteidigungsministers an der Führungsakademie der Bundeswehr. Abzurufen unter http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/!ut/p/c4/NY3BCslwEET_KGmVFvWmSEEQPYnWS0jTJV1skrl dVBA_3lToDLzLGxj5IKleT2g1Y_C6lw9ZG9w1b9G4yQqHHkcGwuiEhdF0aDoG9XcTEAO2aKO34zJUly CrfFsU4qWpV9xBaAOpT1Q2MoNvgKy8z7ctCBM88MwkGBMtaQ4khkDczyYSJSOwlXWWHw9Zni3Jv5viVp3LVbk-XaqrHJzb_wDUuiUC/. Zugegriffen: 05.07.2016.
 - 31 Ebd.
 - 32 Lausmann, Peter (2010): Wenn der Ibuk den Rotstift zückt. Abrufbar unter <http://blog.rheinzeitung.de/8765/wenn-der-ibuk-den-rotstift-zueckt/>. Zugegriffen: 29.11.2015.
 - 33 Ebd.
 - 34 Tagesschau (2010): Die Liste: Kürzungen und neue Abgaben. Abzurufen unter <https://www.tagesschau.de/inland/sparbeschluess100.html>. Zugegriffen: 04.07.2016.
 - 35 Löwenstein, Stephan (2010): Guttenberg: Bundeswehrreform binnen acht Jahren. Abzurufen unter <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/abschlussbericht-der-weise-kommission-guttenberg-bundeswehrreform-binnen-acht-jahren-11056112.html>. Zugegriffen: 01.12.2015.
 - 36 Süddeutsche Zeitung Online (2010): Wehrpflicht: Seehofer pfeift Guttenberg zurück. Abzurufen unter <http://www.sueddeutsche.de/politik/politik-kompakt-wehrpflicht-seehofer-pfeift-guttenberg-zurueck-1.954322>. Zugegriffen: 08.12.2015.
 - 37 Ebd.
 - 38 Graça Peters, Katharina (2010): Bundeswehrreform: Guttenbergs Sparpläne verärgern Parteifreunde. Abzurufen unter <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeswehrreform-guttenbergs-sparplaene-veraergern-partreifreunde-a-698578.html>. Zugegriffen: 10.12.2015.
 - 39 Gaugele, Jochen & Strunz, Claus (2010): Guido Westerwelle will schnelles Ende der Wehrpflicht. Abzurufen unter <http://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article107821836/Guido->

- Westerwelle-will-schnelles-Ende-der-Wehrpflicht.html. Zugegriffen: 12.12.2015.
- 40 Rheinische Post Online (2010): Widerstand aus der Union. Abzurufen unter <http://www.rp-online.de/politik/deutschland/widerstand-aus-der-union-aid-1.2293399>. Zugegriffen: 27.05.2016.
- 41 Hamburger Abendblatt Online (2010): Seehofer nimmt Westerwelle in die Wehr-Pflicht. Abzurufen unter <http://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article107822457/Seehofer-nimmt-Westerwelle-in-die-Wehr-Pflicht.html>. Zugegriffen: 12.12.2015.
- 42 Hamburger Abendblatt Online (2010): Cem Özdemir: „Abschaffung der Wehrpflicht ist überfällig“. Abzurufen unter <http://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article107822023/Cem-Oezdemir-Abschaffung-der-Wehrpflicht-ist-ueberfaellig.html>. Zugegriffen: 12.12.2015.
- 43 Gaugele, Jochen & Heflik, Roman (2010): Westerwelle verärgert Union – Unterstützung von den Grünen. Abzurufen unter <http://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article107822481/Westerwelle-veraergert-Union-Unterstuetzung-von-den-Gruenen.html>. Zugegriffen: 12.12.2015.
- 44 Ebd.
- 45 Ebd.
- 46 Spiegel Online (2010): Zoff um Wehrpflicht: Union probt Aufstand gegen Verteidigungsminister. Abzurufen unter <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/zoff-um-wehrpflicht-union-probt-aufstand-gegen-verteidigungsminister-a-708250.html>. Zugegriffen: 04.07.2016.
- 47 Ebd.
- 48 Ebd.
- 49 Ebd.
- 50 Hamburger Abendblatt Online (2010): Kanzlerin Merkel: Gutenbergs Pläne sind „richtig und gut“. Abzurufen unter <http://www.abendblatt.de/politik/article107844176/Kanzlerin-Merkel-Gutenbergs-Plaene-sind-richtig-und-gut.html>. Zugegriffen: 12.12.2015.
- 51 Die Welt Online (2010): Merkel nennt Aussetzen der Wehrpflicht denkbar. Abzurufen unter: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article7997764/Merkel-nennt-Aussetzen-der-Wehrpflicht-denkbar.html>. Zugegriffen: 05.07.2016.
- 52 Ebd.
- 53 Süddeutsche Zeitung Online (2010): Gutenberg sägt an Wehrpflicht. Abzurufen unter <http://www.sueddeutsche.de/politik/bundeswehr-unter-sparzwang-gutenberg-saegt-an-wehrpflicht-1.957400>. Zugegriffen: 08.12.2015.
- 54 Süddeutsche Zeitung Online (2010): Sechs Monate für das Undenkbare. Abzurufen unter <http://www.sueddeutsche.de/politik/wie-gutenberg-die-wehrpflicht-abschaffte-sechs-monate-fuer-das-undenkbare-1.1097741>. Zugegriffen: 19.05.2016.
- 55 Spiegel Online (2010): Umdenken in der Union: Merkel hält Aussetzen der Wehrpflicht für möglich. Abzurufen unter <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/umdenken-in-der-union-merkel-haelt-aussetzen-der-wehrpflicht-fuer-moeglich-a-700044.html>. Zugegriffen: 19.05.2016.
- 56 Süddeutsche Zeitung Online (2010): Sechs Monate für das Undenkbare. Abzurufen unter <http://www.sueddeutsche.de/politik/wie-gutenberg-die-wehrpflicht-abschaffte-sechs-monate-fuer-das-undenkbare-1.1097741>. Zugegriffen: 19.05.2016.
- 57 Löwenstein, Stephan (2010): Bundeswehr soll um ein Drittel kleiner werden. Abzurufen unter <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/gutenbergs-reformmodell-bundeswehr-soll-um-ein-drittel-kleiner-werden-11024089.html>. Zugegriffen: 27.05.2016.
- 58 Die Zeit Online (2010): Immer klarer: Gutenberg will freiwilligen Wehrdienst . Abzurufen unter <http://www.zeit.de/news-nt/2010/8/13/iptc-bdt-20100813-14-25948178xml>. Zugegriffen: 05.07.2016.
- 59 Ebd.
- 60 Fischer, Sebastian (2010): Bundeswehr: Gutenbergs Reform bringt kaum Spareffekt. Abzurufen unter <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeswehr-gutenbergs-reform-bringt-kaum-spareffekt-a-713043.html>. Zugegriffen: 08.12.2015.
- 61 Ebd.
- 62 Die Zeit Online (2010): Immer klarer: Gutenberg will freiwilligen Wehrdienst . Abzurufen unter <http://www.zeit.de/news-nt/2010/8/13/iptc-bdt-20100813-14-25948178xml>. Zugegriffen:

- 05.07.2016.
- 63 Hamburger Abendblatt Online (2010): Kanzlerin Merkel: Gutenbergs Pläne sind „richtig und gut“. Abzurufen unter <http://www.abendblatt.de/politik/article107844176/Kanzlerin-Merkel-Gutenbergs-Plaene-sind-richtig-und-gut.html>. Zugegriffen: 12.12.2015.
- 64 Süddeutsche Zeitung Online (2010): Sechs Monate für das Undenkbare. Abzurufen unter <http://www.sueddeutsche.de/politik/wie-gutenberg-die-wehrpflicht-abschaffte-sechs-monate-fuer-das-undenkbare-1.1097741>. Zugegriffen: 19.05.2016.
- 65 Schmidt, Michael (2010): Verlustängste bei den Kommunen. Abzurufen unter <http://www.tagesspiegel.de/politik/bundeswehr-verlustaengste-bei-den-kommunen/1913472.html>. Zugegriffen: 05.07.2016.
- 66 Ebd.
- 67 Focus Online (2010): Vorerst keine Standortschließungen. Abzurufen unter http://www.focus.de/politik/deutschland/bundeswehrreform-vorerst-keine-standortschliessungen_aid_544769.html. Zugegriffen: 27.05.2016.
- 68 Süddeutsche Zeitung Online (2010): Sechs Monate für das Undenkbare. Abzurufen unter <http://www.sueddeutsche.de/politik/wie-gutenberg-die-wehrpflicht-abschaffte-sechs-monate-fuer-das-undenkbare-1.1097741>. Zugegriffen: 19.05.2016.
- 69 Hamburger Abendblatt Online (2010): CSU-Chef Seehofer will die Wehrpflicht abschaffen. Abzurufen unter <http://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article107851332/CSU-Chef-Seehofer-will-die-Wehrpflicht-abschaffen.html>. Zugegriffen: 12.12.2015.
- 70 Die Zeit Online (2010): Durchbruch bei Bundeswehrreform. Abzurufen unter <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-09/seehofer-berufsmarine-wehrpflicht>. Zugegriffen: 22.06.2016.
- 71 Hamburger Abendblatt Online (2010): CSU-Chef Seehofer will die Wehrpflicht abschaffen. Abzurufen unter <http://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article107851332/CSU-Chef-Seehofer-will-die-Wehrpflicht-abschaffen.html>. Zugegriffen: 12.12.2015.
- 72 Hamburger Abendblatt Online (2010): CDU-Präsidium will die Wehrpflicht aussetzen. Abzurufen unter <http://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article107851843/CDU-Praesidium-will-die-Wehrpflicht-aussetzen.html>. Zugegriffen: 29.06.2016.
- 73 Ebd.
- 74 Frankfurter Allgemeine Zeitung Online (2010): Gutenberg will Musterung abschaffen. Abzurufen unter <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bundeswehr-reform-gutenberg-will-musterung-abschaffen-1577868.html>. Zugegriffen: 29.06.2016.
- 75 Ebd.
- 76 Ebd.
- 77 Spiegel Online (2010): Reform der Bundeswehr: Gutenberg will Musterung ausmustern. Abzurufen unter <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/reform-der-bundeswehr-gutenberg-will-musterung-ausmustern-a-717316.html>. Zugegriffen: 07.07.2016.
- 78 Frankfurter Allgemeine Zeitung Online (2010): Gutenberg will Musterung abschaffen. Abzurufen unter <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bundeswehr-reform-gutenberg-will-musterung-abschaffen-1577868.html>. Zugegriffen: 01.12.2015.
- 79 Löwenstein, Stephan (2010): Der Herr der Meinungsfrage. Abzurufen unter <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/verteidigungsminister-zu-gutenberg-der-herr-der-meinungsfrage-1628381.html>. Zugegriffen: 19.05.2016.
- 80 Ebd.
- 81 Repinski, Gordon (2010): Minister mustert Musterung aus. Abzurufen unter <http://www.taz.de/!5135735/>. Zugegriffen: 05.07.2016.
- 82 Lohse, Eckart (2010): Bei den Frauen in Kulmbach hat er leichtes Spiel. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 10, 19.09.2010 (37), S 5.
- 83 Ebd.
- 84 Die Mittelbayerische Zeitung Online (2010): Gutenberg besucht die Vorzeigetruppe. Abzurufen unter <http://www.mittelbayerische.de/politik-nachrichten/gutenberg-besucht-die-vorzeigetruppe-21771-art581490.html>. Zugegriffen: 28.06.2016.

- 105 Vitzthum, Thomas (2010): CDU verabschiedet sich von der Wehrpflicht. Abzurufen unter <http://www.welt.de/politik/deutschland/article10949492/CDU-verabschiedet-sich-von-der-Wehrpflicht.html>. Zugegriffen: 19.05.2016.
- 106 Denkler, Thorsten (2010): Guttenberg missioniert die CDU. Abzurufen unter <http://www.sueddeutsche.de/politik/cdu-stimmt-fuer-aussetzung-der-wehrpflicht-guttenberg-missioniert-die-cdu-1.1024216>. Zugegriffen: 14.12.2015.
- 107 Ebd.
- 108 Der Tagesspiegel Online (2010): CDU nimmt Abschied von Wehrpflicht. Abzurufen unter <http://www.tagesspiegel.de/politik/breites-votum-cdu-nimmt-abschied-von-wehrpflicht/2636278.html>. Zugegriffen: 22.06.2016.
- 109 CDU-Bundesgeschäftsstelle (2010): Protokoll. 23. Parteitag der CDU Deutschlands, 15.-16. November 2010. Messe Karlsruhe. Abzurufen unter http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle_Parteitage/2010-11-15-16_Protokoll_23.Parteitag_Karlsruhe.pdf. Zugegriffen: 07.07.2016.
- 110 Stern Online (2010): CDU verabschiedet sich von der Wehrpflicht. Abzurufen unter <http://www.stern.de/politik/deutschland/guttenberg-setzt-sich-durch-cdu-verabschiedet-sich-von-der-wehrpflicht-3039066.html>. Zugegriffen: 14.12.2015.
- 111 Ebd.
- 112 Ebd.
- 113 Thüringer Allgemeine Online (2010): Entscheidung über Bundeswehrstandorte fällt erst Mitte 2011. Abzurufen unter <http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Entscheidung-ueber-Bundeswehrstandorte-faellt-erst-Mitte-2011-1508149684>. Zugegriffen: 29.06.2016.
- 114 Frankfurter Allgemeine Zeitung Online (2010): Guttenberg: Keine Sicherheitspolitik nach Kassenlage. Abzurufen unter <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/wehrpflicht-wird-ausgesetzt-guttenberg-keine-sicherheitspolitik-nach-kassenlage-1579347.html>. Zugegriffen: 06.07.2016.
- 115 Ebd.
- 116 Ebd.
- 117 Die Zeit Online (2010): Ab März nur noch Freiwillige bei der Bundeswehr. Abzurufen unter <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-12/wehrpflicht-reform-kabinettt>. Zugegriffen: 22.06.2016.
- 118 Ebd.
- 119 Der Deutsche Bundestag (2011): Deutscher Bundestag. Stenografischer Bericht. 93. Sitzung. Berlin, Donnerstag, den 24. Februar 2011. Plenarprotokoll 17/93. Abzurufen unter <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/17/17093.pdf>. Zugegriffen: 22.06.2016.
- 120 Ebd.
- 121 Ebd.
- 122 Ebd.
- 123 Brandenburger, Gero & Neuerer, Dietmar (2011): Guttenberg bleibt, der Imageschaden auch. Abzurufen unter <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/verzicht-auf-dokortitel-guttenberg-bleibt-der-imageschaden-auch/3870452.html>. Zugegriffen: 29.06.2016.
- 124 Frankfurter Allgemeine Zeitung Online (2011): „Bayreuth erleichtert Guttenberg das politische Überleben“. Abzurufen unter <http://www.faz.net/aktuell/politik/die-guttenberg-ffaere/plagiats-ffaere-bayreuth-erleichtert-guttenberg-das-politische-ueberleben-1597660.html>. Zugegriffen: 22.06.2016.
- 125 Stern Online (2011): Die Chronologie der Plagiats-Affäre. Abzurufen unter <http://www.stern.de/politik/deutschland/guttenberg-ruecktritt-die-chronologie-der-plagiats-ffaere-3667606.html>. Zugegriffen: 22.06.2016.
- 126 Süddeutsche Zeitung Online (2011): „Ich habe die Grenzen meiner Kräfte erreicht“. Abzurufen unter <http://www.sueddeutsche.de/politik/guettenbergs-erklaerung-im-wortlaut-ich-habe-die-grenzen-meiner-kraefte-erreicht-1.1066386>. Zugegriffen: 19.05.2016.

